

# An die Beamten!

Den Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten ist von der Verfassung das Reichstagswahlrecht verliehen worden. Sie haben bei der Stichwahl am 29. September mit zu entscheiden. Aber nicht als Beamte, sondern als Staatsbürger.

## Darf ein Beamter sozialdemokratisch wählen?

Regierung und Reaktion verneinen es. Sie berufen sich auf den Diensteid und erklären es für Eidbruch, wenn ein Beamter die Sozialdemokratie unterstützt, weil diese den „Staat“ vernichten wolle. Das ist doppelt geschwindelt:

Die Sozialdemokratie kann so wenig wie eine andere Partei den „Staat vernichten“ wollen. Sie will den gegenwärtigen Staat verändern, wie die anderen Parteien auch. Der Liberalismus und die Demokratie wollen Deutschland zu einem freien Volksstaate machen, das Zentrum möchte es zu einem unfreien Kirchenstaat machen. Von sozialistischen Reformen ist im nächsten Reichstage keine Rede, denn die Sozialdemokratie bleibt dort eine schwache Minderheit. Das Zentrum aber ist mit den geistesverwandten Konservativen eine Mehrheit und bildet eine gegenwärtige Gefahr für ein freiheitliches Deutsches Reich mit gerechter, vollstümlicher Politik.

Der Diensteid des Beamten geht auf den Namen des Staatsoberhauptes. Aber nicht auf dessen Person, erst recht nicht auf die Person des Vorgesetzten, sondern auf den Staat, der durch den Namen repräsentiert wird. Der Beamte schwört, seinem Volke und der Volksorganisation, dem Staate, treu zu dienen. Darum muß er auch politisch so handeln, wie es seiner Ueberzeugung vom Wohle des Staates und Volkes entspricht.

Nicht als Beamter, sondern als Staatsbürger hat der öffentliche Angestellte das Wahlrecht. Dieses hat mit seinem Amte nichts zu tun. Wenn ein Vorgesetzter seine Beamten politisch beeinflusst, so ist das Mißbrauch der Amtsgewalt. Denn das Stimmrecht der Beamten bedeutet nicht, daß ein Minister zehntausend Stimmen abgeben soll, sondern daß zehntausend Bürger ihrer Meinung Ausdruck geben sollen. Nur nach seiner eigenen Ueberzeugung darf der Beamte stimmen. Wenn er aus Rücksichten auf Amt und Vorgesetzte gegen seine Ueberzeugung stimmt, so schändet er das höchste Bürgerrecht.

Militärpersonen hat die Reichsverfassung kein Wahlrecht gegeben, weil man deren politische Unabhängigkeit nicht wollte oder nicht daran glaubte. Allen anderen Beamten gab man das Stimmrecht, weil man ihre politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit wünschte. Nur durch Abstimmung nach eigener Ueberzeugung können die Beamten sich dieses Vertrauens der Nation würdig erweisen.

## Kann ein Beamter Zentrum wählen?

Die gesamte Beamtenschaft hat ein Jahrzehnt der Sorge hinter sich durch die immer wachsende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse. Diese ist zum großen Teile durch die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches hervorgerufen worden. Die ungerechte Wirtschaftspolitik aber wird vom

Zentrum getragen. Ohne das Zentrum wäre die Caprivische Politik mäßigen Zollschatzes und günstiger Handelsverträge nicht durch Hochschutzzoll ersetzt. Das Zentrum hat noch 1909 die gerechte Erbschaftsteuer abgelehnt und hunderte von Millionen auf den Konsum gewälzt; hat sogar die Spiritusliebesgabe noch verdoppelt und die Exportprämien (Einfuhrscheine) erweitert, durch die das Reich jährlich 20 Millionen Mark verschentt, damit das deutsche Korn recht billig ins Ausland verkauft und der Preis in Deutschland recht hoch gehalten werden kann.

Gewiß hat das Zentrum für die Befoldungsreform gestimmt. Aber unergessen sei, daß am letzten Tage der Reichstagsession 1909 durch den Umfall des Zentrums die Hoffnungen der mittleren und unteren Postbeamten betrogen wurden. Das geht nicht nur die Postbeamten an. Denn nicht der geringen Mehrkosten wegen sträubte der Bundesrat sich gegen den Reichstagsbeschluß, sondern weil den Herren Kräfte und Rheinbaben die energische Tätigkeit der Postbeamtenvereine zuwider war. Um die Beamtenvereine zu ducken, um den Beamten ihre Abhängigkeit vom Wohlwollen der Minister zu beweisen, sollte ein Exempel statuiert werden. Und das Zentrum (das über diesen Sachverhalt nicht im Zweifel war) verriet mit seinem Umfall das Vereinigungsrecht aller Beamten.

Hunderte von Millionen jährlicher Gehaltsvermehrung sind damals von Reichstag, Landtag, Stadtverwaltung, fast einstimmig bewilligt worden. Hunderte von Millionen neuer Lasten haben die Steuerzahler auf sich genommen, damit nicht die Beamten unter der falschen Wirtschaftspolitik zu sehr leiden. Aber nun kann die Bürgerschaft auch wohl erwarten, daß die Beamten ihr helfen, noch weitere Lasten durch neue Konsumsteuern, Zölle und Liebesgaben zu vermeiden. Die aber stehen in Aussicht, wenn Zentrum und Konservative weiter die Mehrheit behalten. Ein Beamter, der durch Wahl eines Zentrumsmannes jetzt die „Agraromagogie“ unterstützt, bindet sich selbst seine Rute und begibt sich des Anspruchs, einen Ausgleich für neue Lasten zu begehren.

## Schwarz oder rot?

Bei der Reichstagswahl handelt es sich nicht um Religion und Kirche, sondern um Politik, um Steuern und Wahlrecht. Um Abrechnung für die drückenden Ungerechtigkeiten, die der schwarz-blaue Block dem deutschen Volke gebracht hat! Um Verhinderung einer Fortsetzung dieser volksfeindlichen Politik. Darum ist außer Zweifel, daß jeder Beamte, der Gerechtigkeit, Freiheit, Fortschritt und billige Nahrung will,

**Karl Haberland**

wählen darf und wählen muß.

**Dr. Heinz Pothhoff,**

Mitglied des Reichstags.

# An die Beamten!

Den Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten ist von der Verfassung das Reichstagswahlrecht verliehen worden. Sie haben bei der Stichwahl am 29. September mit zu entscheiden. Aber nicht als Beamte, sondern

## Darf ein Beamter Sozialdemokrat

Regierung und Reaktion verneinen sich auf den Dienst und erklären es für ein Beamter die Sozialdemokratie unterstü „Staat“ vernichten wolle. Das ist doppelt

Die Sozialdemokratie kann so wenig Partei den „Staat vernichten“ wollen. Sie wärtigen Staat verändern, wie die andere Der Liberalismus und die Demokratie w zu einem freien Volksstaate machen, das zu einem unfreien Kirchenstaat machen. Reformen ist im nächsten Reichstage kein Sozialdemokratie bleibt dort eine schwache Zentrum aber ist mit den geistesverwandt eine Mehrheit und bildet eine gegenwärtig freiheitliches Deutsches Reich mit gerech

Der Dienst des Beamten geht auf Staatsoberhauptes. Aber nicht auf dessen nicht auf die Person des Vorgesetzten, Staat, der durch den Namen repräsentier amte schwört, seinem Volke und der Volks Staate, treu zu dienen. Darum muß er handeln, wie es seiner Ueberzeugung vom und Volkes entspricht.

Nicht als Beamter, sondern als Staat öffentliche Angestellte das Wahlrecht. Diese Amte nichts zu tun. Wenn ein Vorgesetzt politisch beeinflusst, so ist das Mißbrauch Denn das Stimmrecht der Beamten bede Minister zehntausend Stimmen abgeben zehntausend Bürger ihrer Meinung Ausd Nur nach seiner eigenen Ueberzeugung stimmen. Wenn er aus Rücksichten auf An gegen seine Ueberzeugung stimmt, so schön Bürgerrecht.

Militärpersonen hat die Reichsverfassung gegeben, weil man deren politische Unat wollte oder nicht daran glaubte. Allen gab man das Stimmrecht, weil man ihr ständigkeit und Unabhängigkeit wünschte. stimmung nach eigener Ueberzeugung kön sich dieses Vertrauens der Nation würdig

## Kann ein Beamter Zentrum

Die gesamte Beamtenerschaft hat ein Jahrzehnt der Sorge hinter sich durch die immer wachsende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse. Diese ist zum großen Teile durch die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches hervorgerufen worden. Die ungerechte Wirtschaftspolitik aber wird vom

Zentrum getragen. Ohne das Zentrum wäre die Caprivische Politik mäßigen Zollschnitzes und günstiger Handelsverträge nicht durch Hochschutzzoll ersetzt. Das Zen-

1909 die gerechte Erbschaftsteuer abgelehnt Millionen auf den Konsum gewälzt; hat Liebesgabe noch verdoppelt und die Export- (Erschein) erweitert, durch die das Reich Millionen Mark verschenkt, damit das deutsche ins Ausland verkauft und der Preis in hoch gehalten werden kann.

Das Zentrum für die Besoldungsreform ge- nvergessen sei, daß am letzten Tage der 1909 durch den Umfall des Zentrums die mittleren und unteren Postbeamten be- Das geht nicht nur die Postbeamten an. geringen Mehrkosten wegen sträubte der egen den Reichstagsbeschluß, sondern weil te und Rheinbaben die energische Tätigkeit vereine zuwider war. Um die Beamten, um den Beamten ihre Abhängigkeit vom Minister zu beweisen, sollte ein Exempel Und das Zentrum (das über diesen Sach- Zweifel war) verriet mit seinem Umfall srecht aller Beamten.

n Millionen jährlicher Gehaltsvermehrung Reichstag, Landtag, Stadtverwaltung, bewilligt worden. Hunderte von Millionen ben die Steuerzahler auf sich genommen, Beamten unter der falschen Wirtschafts- iden. Aber nun kann die Bürgerschaft auch daß die Beamten ihr helfen, noch weitere ie Konsumsteuern, Zölle und Liebesgaben Die aber stehen in Aussicht, wenn Zentrum be weiter die Mehrheit behalten. Ein rch Wahl eines Zentrumsmannes jetzt die“ unterstützt, bindet sich selbst seine Aute des Anspruchs, einen Ausgleich für neue ten.

## Schwarz oder rot?

Reichstagswahl handelt es sich nicht um Reli- sondern um Politik, um Steuern und Wahl- hnung für die drückenden Ungerechtigkeiten, blaue Block dem deutschen Volke gebracht nderung einer Fortsetzung dieser volksfeind- Darum ist außer Zweifel, daß jeder Beamte, Freiheit, Fortschritt und billige Nahrung

Karl Haberland

wählen darf und wählen muß.

Dr. Heinz Potthoff,  
Mitglied des Reichstags.